

Abstimmungskolumne Munz-Müller, Klettgauer Bote

Konzernverantwortungsinitiative vom 29.11.2020

12.11.2020; Martina Munz, Nationalrätin

Wirtschaftliches Fairplay

Die Konzernverantwortungsinitiative ist in der Bevölkerung beliebt. Die vielen orangenen Fahnen verkünden: Konzerne, welche die Umwelt zerstören und Menschenrechte mit Füßen treten, sollen zur Rechenschaft gezogen werden! Fast täglich erreichen uns Schlagzeilen von Menschen, die in unmenschlichen Verhältnissen für uns schufteten. Die Initiative verlangt nur, was selbstverständlich sein sollte: Wenn Firmen wie Glencore Trinkwasser vergiften und die Bevölkerung mit Gewalt von ihrem eigenen Land vertreiben, dann soll der Konzern für diese Verbrechen geradestehen müssen.

Auch die Schweiz kannte zu Beginn des 20. Jahrhunderts Kinderarbeit und unmenschliche Arbeitsbedingungen. Der Protest kulminierte 1918 im Landesstreik. Schmerzlich musste unser Land feststellen, dass auch die Wirtschaft Schranken braucht. Was für die Schweiz gilt, muss auch für die globalisierte Wirtschaft gelten. Die Schweiz setzt als fast einziges Land Europas auf Freiwilligkeit der Konzerne und kennt keine Sorgfaltspflicht. Unter dem Deckmantel der Selbstregulierung billigen wir schmutzige Geschäftspraktiken. Das muss aufhören.

Dieser Meinung sind auch verantwortungsvolle Firmen, die um den Ruf des Wirtschaftsstandortes Schweiz fürchten. Die Initiative wird von über 180 Unternehmen, 120 Organisationen und den Landeskirchen unterstützt. Die jahrelangen Beratungen im Parlament waren geprägt von Taktiererei und politischen Manövern. Der griffige Gegenvorschlag wurde durch intensive Lobbyarbeit zur Farce. Statt Haftung wird lediglich ein Bericht gefordert, statt Verantwortung mehr Hochglanzpapier! Das ändert an den verheerenden Folgen von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen nichts. Auch die weltgrössten Konzerne darunter Nestlé und Unilever fordern jetzt von der EU-Kommission «Fairplay» mit einem neuen, scharfen Gesetz, das sehr nahe an der Konzernverantwortungsinitiative ist und den Gegenvorschlag bei weitem übertrifft.

Mit der Initiative nimmt die Schweiz ihre Verantwortung gegenüber den Schwächsten wahr und schliesst zu europäischem Standard auf. Der Wohlstand der Schweiz darf nicht auf ethisch und moralisch verwerflichen Geschäftsgebaren basieren. Eine Klageflut ist dadurch nicht zu erwarten. Sammelklagen, wie in Amerika üblich, sind in der Schweiz nicht zulässig. Auch KMU haben dadurch nichts zu befürchten. Sie sind auch nicht wie oft behauptet für ihre Zulieferer verantwortlich, solange sie diese wirtschaftlich nicht kontrollieren. Lassen wir uns nicht beirren:

Ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative ist ein Ja zum wirtschaftlichen Fairplay.